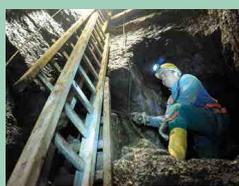


LAND TAGS KURIER



Seite 4:
15 Jahre Sanierung
sächsischer
Wismut-Standorte



Seite 12:
Verleihung der
Verfassungsmedaille an
verdienstvolle Bürger



Seite 16:
Delegation aus
Niederösterreich
hat Landtag besucht

Ausgabe

5.17



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

am 15. Juni 2017 starb Bundeskanzler Helmut Kohl. Er war ein deutscher Patriot und großer Europäer, der – wie ich von ihm selbst weiß – Sachsen und uns Sachsen sehr verbunden war. Im Sächsischen Landtag haben wir seiner mit einer Schweigeminute gedacht.

Helmut Kohl prägte eine tiefe Liebe zu Deutschland, die er in eine tiefe europäische Verbundenheit zu übersetzen wusste. Er ist der Kanzler der Einheit – der Einheit der Deutschen und der Einheit der Europäer. Unvergessen bleibt mir seine historische Rede vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche im Dezember 1989, als er seinen Willen zur »Einheit unserer Nation« bekräftigte und ihn unmittelbar mit dem Ruf nach dem geeinten Europa verknüpfte. Was in Vergessenheit zu geraten drohte, das war 1989 urplötzlich unsere Zukunft und ist heute unser ganz aktueller Auftrag.

Der Sächsische Landtag setzt diesen Auftrag als selbstbewusstes Parlament im deutschen Föderalismus um. Die Bilanz des mit der letzten Sitzung vor der Sommerpause zu Ende gegangenen Plenarjahres spiegelt das wider. Nicht nur die erfolgreiche Verabschiedung des Doppelhaushalts 2017/18 steht für wirksame Landespolitik. Seit August 2016 wurden im Landtag auch 34 Gesetzentwürfe abschließend behandelt und davon 25 beschlossen – darunter das neue Schulgesetz für den Freistaat Sachsen. Aber auch die rund 3500 Kleinen Anfragen, mit denen Abgeordnete bei der Staatsregierung Informationen für ihre politische Arbeit abrufen, zeigen, dass der Landtag seinen Aufgaben gerecht wird.

Der Landtagskurier drückt die große Bandbreite dessen aus, was alles sonst noch im sächsischen Parlament geschieht. Da wären etwa die Aktuellen Debatten. Diesmal ging es u. a. um die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, da Sachsen hier ab 2020 jährlich rund 800 Millionen Euro mehr aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich erhält. Einen Einblick in die Arbeit der Abgeordneten gibt Ihnen unsere Reihe »Ein Tag mit«. Die Redaktion hat dieses Mal dem Vorsitzenden unseres Wirtschaftsausschusses über die Schulter geschaut. Und nicht zuletzt versteht es der Sächsische Landtag in einem geeinten Europa auch als Auftrag, gute Beziehungen zu anderen Parlamenten zu unterhalten. Aber lesen Sie selbst.

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

56. Sitzung des Sächsischen Landtags
15 Jahre Wismut-Sanierung
CDU und SPD: Erfolgreiche Arbeit auch in Zukunft fortsetzen 4

Hintergrundinformationen
zur Wismut-Sanierung 6

56. Sitzung des Sächsischen Landtags
Warnung vor Einschränkung der Freiheitsrechte
DIE LINKE: Innenminister auf dem Weg
in eine andere Republik? 7

57. Sitzung des Sächsischen Landtags
Sachsen behält seine Gestaltungsfreiheit
CDU und SPD: Neuordnung der
Bund-Länder-Finanzbeziehungen 8

57. Sitzung des Sächsischen Landtags
Schafft Deutschland sich ab?
AfD: Selbstaufgabe einer erfolgreichen Nation 10

AKTUELLES

Verfassungsmedaille 2017 verliehen 12

Ein Fest in Vielfalt und Einheit 14

Wenn einer eine Reise tut ...
Parlamentarier aus Niederösterreich
im Sächsischen Landtag zu Gast 16

»Endlagerung radioaktiver Abfälle und Rückstände«
Gesprächskreis der Vereinigung der
ehemaligen Mitglieder des Landtags 17

EIN TAG MIT...

Miteinander reden, zuhören, vermitteln
Ein Tag mit Jan Hippold, Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 18

AUSSTELLUNG

PASSAGE
34. Leipziger Grafikbörse im Bürgerfoyer
des Sächsischen Landtags 20

GESCHICHTE

Melanchthon als Berater des Landtags
Vom kulturhistorischen Wert einer einfachen Quittung 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

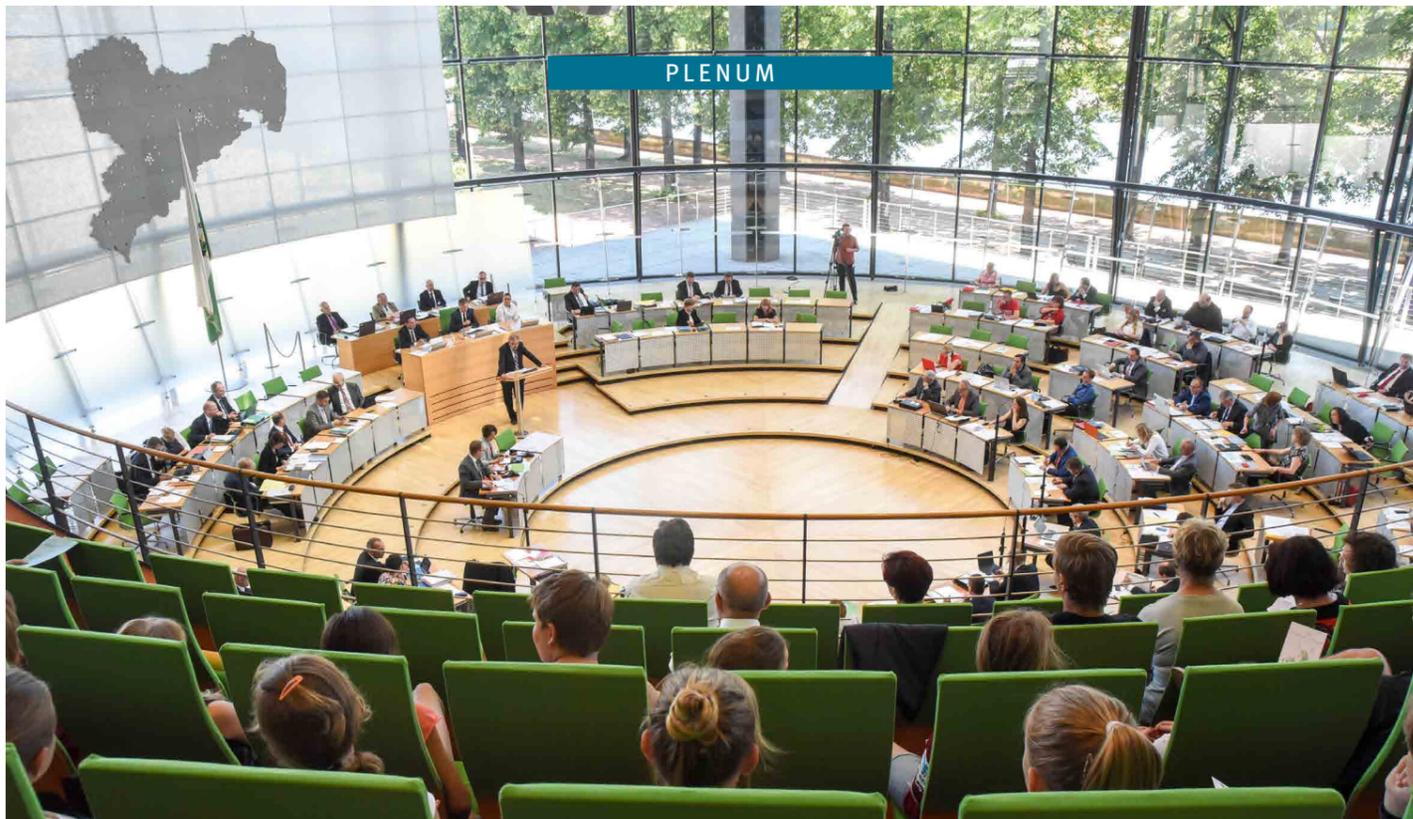
// Titel: Einbürgerungsfest im Sächsischen Landtag. // Foto: O. Killig

15 Jahre Wismut-Sanierung Innenministerkonferenz Länderfinanzausgleich

// In der 56. Sitzung des Sächsischen Landtags am 21. Juni 2017 wurde auf Antrag von CDU und SPD über die Wismut-Sanierung seit 2002 debattiert. Außerdem widmete sich das Plenum auf Antrag der Fraktion DIE LINKE den Ergebnissen der jüngsten Innenministerkonferenz. Die 57. Sitzung am 22. Juni 2017 befasste sich mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und der Erhaltung der Gestaltungsfreiheit Sachsens über das Jahr 2019 hinaus. Und auf Antrag der AfD-Fraktion standen die Themen Integration und Einwanderung auf der Tagesordnung. //

Foto: S. Giersch





PLENUM

Fotos: S. Giersch

Uwe Nösner

15 Jahre Wismut-Sanierung

CDU und SPD: Erfolgreiche Arbeit auch in Zukunft fortsetzen

Alexander Krauß, CDU, sprach sich für eine Fortschreibung des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Land bezüglich der Wismut-Altstandorte aus. Es werde gebraucht, um alle geplanten Projekte realisieren zu können. Die Kostenschätzung für das laufende Abkommen sei 2006 vorgenommen worden. Allerdings hätten sich die Preise seitdem deutlich

// Den ersten Tagesordnungspunkt der 56. Sitzung des Sächsischen Landtags am 21. Juni 2017 bildete auf Antrag von CDU und SPD die Aktuelle Debatte zu 15 Jahren Sanierung sächsischer Wismut-Standorte. Land und Bund wollen die erfolgreiche Arbeit auch in Zukunft fortsetzen. Lesen Sie dazu die Hintergrundinformation auf Seite 6. //

erhöht. Auch sein Fraktionskollege Frank Heidan plädierte für eine Weiterführung der erfolgreichen Sanierung über das Jahr 2022 hinaus. Wenn man sich heute die ehemaligen

Bergbau-Landschaften in Sachsen anschau, dann könne man von blühenden Landschaften sprechen. Man müsse zweimal hinschauen, um zu sehen, wo früher Bergbau gewesen sei.

Schäden beseitigen

Simone Lang, SPD, erinnerte daran, dass politischer und massiver Druck aus der Bevölkerung, vor allem aus ihrer stark betroffenen Heimatregion Johanngeorgenstadt/Breitenbrunn, vor 15 Jahren zur ersten Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Freistaat Sachsen geführt habe.

Das auf zehn Jahre angelegte Abkommen habe ein Gesamtbudget von 78 Millionen Euro vorgesehen. Im Jahre 2008 sei es dem damaligen Wirtschaftsminister Thomas Jurk gelungen, ein zweites Abkommen auszuhandeln. Es laufe bis 2022 und stelle 138 Millionen Euro zur Verfügung. Nun – zehn Jahre später – sei klar, dass ein weiteres Abkommen gebraucht werde, um die Sanierung auch nach 2022 fortführen zu können. Bund, Land, Staatsregierung und Parlament seien heute gefordert, sich für eine langfristige und nachhaltige Sanierung der DDR-Altlasten einzusetzen.

Hohe Strahlungsintensität

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, ging auf die Strahlenbelastung ein und bewertete die menschliche Gesundheit als Schutzgut Nummer eins. Der Staat müsse gewährleisten, dass die Bevölkerung vor radioaktiver Strahlung geschützt werde. Von den in den Fünfziger- und Sechzigerjahren an den Altstandorten entstandenen Halden gehe heute immer noch eine hohe Strahlungsintensität aus. Es gebe viele Orte, wie beispielsweise Johanngeorgenstadt oder auch Schneeberg, die davon betroffen seien. Es gebe aber auch Standorte wie Schmiedeberg oder Bannewitz-Possendorf, an denen Schlacken oder Bergmaterialien als Baumaterial verwendet worden seien. Auch dort sei in Gebäuden eine hohe Radonstrahlung oder Radonemanation zu messen. Das Fördermittelprogramm müsse wieder aufgelegt werden, denn die betroffenen Menschen dürften mit dem Krebsrisiko nicht alleine gelassen werden. Diese Aufgabe stelle sich der Regierung und dem Staat.

Sanierung beispielhaft

Über die Jahrzehnte, so Jörg Urban, AfD, sei in Ostdeutschland eine der weltweit größten Atommüll-Ansammlungen entstanden: 1500 Kilometer offene Grubenbaue, 311 Millionen Kubikmeter Haldenmaterial, 160 Kubikmeter radioaktive Schlammbecken, dazu radioaktiv belastete Bachläufe oder säuredurchtränktes Gestein, welches das Grundwasser gefährde. So habe das nukleare Erbe des Sozialismus in Sachsen und Thüringen ausgesehen. Rückstellungen für Bergbausanierungen, wie sie heute üblich seien, habe die sozialistische Aktiengesellschaft nicht gebildet. Inzwischen sei die Sanierung der Folgen des Uranbergbaus Aushängeschild für die hohen Umweltstandards in Deutschland. Und sie sei auch Ausdruck der deutschen und sächsischen Wirtschaftskraft. Kaum ein anderes Land auf der Welt leiste sich eine solche Perfektion bei der Sanierung von Bergbau-Folgeschäden. Darauf dürfe man zu Recht stolz sein.

Generationenaufgabe

Nach Auffassung von Volkmar Zschocke, GRÜNE, würden die Hinterlassenschaften der Wismut AG wohl noch kommende Generationen belasten. Bis zum Auslaufen des aktuellen Abkommens sei erst etwa die Hälfte der Altlasten beseitigt. Zudem gebe es Folgebelastungen, deren Ende momentan

überhaupt noch nicht absehbar sei. Nach Sanierungsabschluss an den einzelnen Objekten verblieben Langzeitaufgaben, die zur dauerhaften Sicherung des Sanierungserfolges erforderlich seien. Die gesamte Entwicklung sei eine Mahnung, seitens der Bergbaubetreiber ausreichend Vorsorge für die Kosten von Stilllegung, Entsorgung und die langwierigen Umweltfolgen

Wiedergutmachung

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, bezeichnete es als Aufgabe des Freistaats, die Folgen des massiven Eingriffs in die Natur wiedergutzumachen. Er sei dankbar dafür, dass diese Zielsetzung in einem großen Miteinander der Menschen, der Unternehmen und der Kompe-

Als Bergbau- und Rohstoffland verfügt Sachsen insgesamt über ein Know-how, das nicht verlorengehen darf.



56. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Martin Dulig

zu treffen. Die Mittel müssten in öffentlich-rechtlichen Fonds vor Insolvenz geschützt werden. Die Unternehmen dürften nicht aus der Finanzierungsverantwortung entlassen werden.

tenz der Wismut erfüllt werde. Die Wismut sei inzwischen nicht nur im Erzgebirge, im Vogtland und in Thüringen ein wichtiger Partner für die Sanierung von Bergbau, sondern auch international gefragt. Als Bergbau- und Rohstoffland verfüge Sachsen insgesamt über ein Know-how, das nicht verlorengehen dürfe. Es stünden noch große Herausforderungen bevor, doch Sachsen habe auch in der Bundesregierung einen Partner gefunden, um diese gemeinsam zu bewältigen. Das sei man den Menschen gerade im Erzgebirge schuldig.



// Alexander Krauß

// Dr. Jana Pinka

// Simone Lang

// Jörg Urban

// Volkmar Zschocke





PLENUM

Hintergrundinformationen zur Wismut-Sanierung

56. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

Bis zum Ende der DDR war das Uranbergbau-Unternehmen Wismut eine Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG). Sie befand sich jeweils zur Hälfte im Besitz der UdSSR und der DDR. Im Zuge der deutschen Einheit hat der Bund das Uranbergbau-Unternehmen Wismut AG komplett übernommen. Der Bund übernahm allerdings nur die Verantwortung für die Standorte der Wismut, die sich nach dem 31. Dezember 1962 noch in deren Besitz befanden.

Altstandorte

Die sogenannten Altstandorte – Schächte, Stollen, Halden und Anlagen – waren aber schon vorher von der SDAG Wismut stillgelegt und an die jeweiligen Gemeinden bzw. Kreise zurückgegeben worden. Dabei handelte es sich unter anderem um Uranerz-Aufbereitungsbetriebe und Deponien in Lengsfeld (Vogtland), Johanngeorgenstadt,

// In der 56. Sitzung des Sächsischen Landtags am 21. Juni 2017 debattierten die Abgeordneten in der Aktuellen Stunde über 15 Jahre Sanierung sächsischer Wismut-Standorte durch den Freistaat und den Bund (siehe Beitrag auf S. 4). Aus Anlass dieses Jubiläums fand am 14. Juni 2017 in Bad Schlema eine Festveranstaltung statt, an der unter anderen Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, sowie Vertreter der Bundesregierung teilnahmen. //

Oberschlema und Aue (Erzgebirge) oder auch Freital. Für deren Sanierung mit geschätzten Kosten von insgesamt 900 Millionen DM sollten nun nach dem Willen der Bundesregierung die betroffenen Gemeinden bzw. der Freistaat Sachsen aufkommen. Jene sahen sich jedoch überwiegend nicht in der Lage, diese Verpflichtung zu übernehmen.

Einigung 2002

2002 hatten sich Sachsen und der Bund dann endlich auf eine gemeinsam finanzierte Sanie-

rung geeinigt. Bis 2013 wurden 78 Millionen Euro investiert. Bis 2022 sind weitere 138 Millionen gesichert. Beide Geldgeber teilen sich die Gesamtkosten von 216 Millionen Euro jeweils zur Hälfte. 246 von 318 Projekten wurden bis 2016 an 46 Standorten abgeschlossen. Anlässlich des Jubiläums haben jetzt beide Geldgeber bekanntgegeben, dass sie die Altlastenbeseitigung über das Jahr 2022 hinaus gemeinsam finanzieren wollen. Bereits vor der Bundestagswahl im September 2017 sollen die Gespräche über ein Nachfolgeabkommen beginnen.

Wismut AG

Die **SAG** (Sowjetische Aktiengesellschaft) oder ab 1954 **SDAG** (Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft) **Wismut** war ein Bergbauunternehmen, das sich zwischen 1946 und 1990 zum weltweit viertgrößten Produzenten von Uran nach der UdSSR, den USA und Kanada entwickelte. Das auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR an Standorten in Sachsen und Thüringen geförderte und aufbereitete Uran war die Rohstoffbasis der sowjetischen Atomindustrie. Das Nachfolgeunternehmen **Wismut GmbH** ist als Bundesunternehmen mit der Sanierung und Rekultivierung der Hinterlassenschaften des Wismut-Bergbaus betraut.



www.wismut.de



PLENUM

Warnung vor Einschränkung der Freiheitsrechte

Uwe Nösner

56. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Klaus Bartl // Fotos: S. Giersch

DIE LINKE: Innenminister auf dem Weg in eine andere Republik?

// In der zweiten Aktuellen Debatte der 56. Sitzung am 21. Juni 2017 befassten sich die Abgeordneten auf Antrag der Fraktion DIE LINKE unter dem Titel »Von allen guten Geistern verlassen – Innenminister auf dem Weg in eine andere Republik?« mit den Ergebnissen der Innenministerkonferenz, die vom 12. bis 14. Juni 2017 in Dresden stattgefunden hatte. Die Innenminister und Innensenatoren hatten sich dabei zu Fragen der Inneren Sicherheit insbesondere vor dem Hintergrund der islamistischen Bedrohung abgestimmt. //

Entwicklungen der letzten Jahre verschleiern. Sie sprächen stets nur von Zunahmen in jüngster Zeit, obwohl massive Probleme im Bereich der islamistischen Radikalisierung schon seit Jahrzehnten bestünden. Anstatt neue Ideen auf den Tisch zu bringen, sollten sie dafür sorgen, dass die Bundesregierung die Grenzen wieder kompromisslos kontrolliere.

Recht auf Sicherheit

Klaus Bartl, DIE LINKE, warnte vor einer Einschränkung der Freiheitsrechte. Seine Fraktion werde wohl noch sehr viel Arbeit haben, um den sächsischen Innenminister wieder an die Verfassung heranzuführen. Er sei offenbar über die Reichweite von Grundrechten wie dem Post- und Fernmeldegeheimnis aktuell nicht mehr im Bilde. Die Vorgehensweise, alles in Stellung zu bringen, was der Sicherheit dienen könne, erinnere ihn an sein erstes Leben in der DDR. Dem hielt Christian Hartmann, CDU, entgegen, dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auch für Sachsen keine abstrakte, sondern eine reale Gefahr darstelle. Grundsätzlich sollte daher alles Menschenmögliche getan werden, um ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bevölkerung zu erreichen. Gleichwohl dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass absolute Sicherheit möglich sei. Freiheit und Sicherheit seien zwei untrennbar miteinander verbundene Dinge.

Die Menschen, so Albrecht Pallas, SPD, hätten ein Recht auf Sicherheit. Sicherheit wiederum brauche einen starken Rechtsstaat. Für seine Fraktion gelte dabei der Grundsatz, Freiheit und Sicherheit in der Balance zu halten. Das Wichtigste sei die personelle und materielle Ausstattung der staatlichen Organe. Diesbezüglich habe die SPD bereits viel erreicht. Der Stellenabbau bei der Polizei sei gestoppt worden. In den nächsten Jahren würden 1 000 zusätzliche Polizisten ausgebildet. Carsten Hütter, AfD, bezeichnete die Innenministerkonferenz seinerseits als den Wahlkampfauftritt von CDU-Innenminister Markus Ulbig. Das sei das einzige Fazit aus dem Treffen. Die Innenminister hätten die

Überwachungsgesetz

Wenn sich in diesen Zeiten, so Valentin Lippmann, GRÜNE, 17 Innenminister, allesamt von CDU und SPD, träfen, dann könne das ja fast nur in einer Verschwörung gegen die Freiheit münden. Herausgekommen sei eine Einigung auf die Erstellung eines Musterpolizeigesetzes, unter dem sich der sächsische Innenminister ein Masterüberwachungsgesetz vorstelle. Harmonisierung sei bei diesem nur der Deckmantel für die Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung.

Abschließend ergriff Innenminister Markus Ulbig das Wort. Auf der Innenministerkonferenz seien 52 Tagesordnungspunkte nicht nur diskutiert, sondern auch beschlossen worden. Die Sicherheit für die Bundesrepublik könne nur dann erfolgreich gewährleistet werden, wenn das über Ländergrenzen hinweg getan werde. Deshalb seien Beschlüsse zur Terrorbekämpfung, zum Umgang mit Gefährdern, zu Flucht und Migration, zur Harmonisierung der Polizeigesetze und zur Verbesserung der IT- und Cybersicherheit gefasst worden.





Fotos: R. Deutscher

Uwe Nösner

Sachsen behält seine Gestaltungsfreiheit

CDU und SPD: Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

// Mit einer Aktuellen Debatte zum Thema »Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen« begann am 22. Juni 2017 die letzte Sitzung des Plenums vor den Sommerferien. Sie hat auf Antrag von CDU und SPD auf der Tagesordnung der 57. Sitzung des Sächsischen Landtags gestanden. Die Neuordnung war am 1. Juni 2017 vom Bundestag und am 2. Juni 2017 vom Bundesrat beschlossen worden. //

Nach Auffassung von Jens Michel, CDU, garantiere die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Erhaltung der Gestaltungsfreiheit Sachsens ab dem Jahr 2020. Möglich sei dies geworden, weil Ministerpräsident Stanislaw Tillich bei den Verhandlungen das Ergebnis gegenüber dem Vorschlag der Bundesregierung deutlich gesteigert habe. Anders, als es zu Beginn der Verhandlungen zu befürchten gewesen sei, brächen mit dem gefundenen Kompromiss die Einnahmen ab 2020 nicht ein und fielen plötzlich auf null. Sie würden dagegen dank der Bundesmittel sogar ansteigen. Das sei aber noch längst kein Grund, jetzt

überschwänglich zu werden. Vielmehr gelte es, den bewährten finanzpolitischen Weg weiterzugehen.

Handlungsfähig

Dem schloss sich Dirk Panter, SPD, an. Die Neuordnung der Finanzbeziehungen sei zu einem positiven Abschluss gekommen. Im Jahr 2019 steuerte Sachsen auf keine fiskalische Klippe zu. Einen Einbruch der Einnahmen werde es nicht geben. Im Gegenteil: Durch steigende Mittel des Bundes stiegen die Einnahmen in Sachsen ab 2020 sogar an. Damit könne den Sachsen garantiert werden, was sie



PLENUM



// Jens Michel

// Rico Gebhardt

// Dirk Panter

// André Barth

// Franziska Schubert

verdient hätten: einen handlungsfähigen Staat, der seine Aufgaben erfüllen werde. Dennoch bestehe mit der Neuordnung die Gefahr einer Entsolidarisierung unter den Bundesländern. Der Ausgleich zwischen den Ländern werde aufgegeben. Dafür springe der Bund mit 9,7 Milliarden Euro ein, um das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse erreichen zu können.

Erpressung

Auch seine Fraktion, so Rico Gebhardt, DIE LINKE, halte Planungssicherheit für wichtig. Kritikwürdig bleibe die Erpressungsstrategie des CDU-Bundesfinanzministers

nach dem Motto »Alles oder nichts«. Im Alles sei plötzlich eine Infrastruktugesellschaft für die Autobahnen enthalten gewesen. Es bleibe völlig unverständlich, wieso die Sächsische Staatsregierung sich im Bundesrat dem Vorstoß von Thüringen, Brandenburg und Berlin gegen die Infrastruktugesellschaft verweigert habe, aber nun aus dem Munde des Ministerpräsidenten ebensolche Koppelgeschäfte kritisiere. Die Neuordnung laufe auf Kosten der Ländersouveränität, denn die seinerzeit mühevoll errungene Föderalismusreform II werde teilweise wieder rückgängig gemacht. Es werde zugleich auch das Ende der Solidarität unter den Bundesländern eingeläutet.

Chance vertan

Wie André Barth, AfD, feststellte, sei die Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs gerade noch gelungen, bevor der Bundestagswahlkampf in seine heiße Phase trete. Diese Reform sei offenbar für die Regierungskoalition zu wichtig gewesen, um sie der nachfolgenden Regierung zu überlassen. Das vorliegende Gesetzeswerk habe den Vorschriften-Wirrwarr allerdings nicht aufgelöst. Im Gegenteil: Mit zuletzt 13 Grundgesetzänderungen allein im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und weiteren Gesetzesänderungen auf Bundesebene sei dieser Wirrwarr weiter vergrößert worden.

Kein Gewinn

Franziska Schubert, GRÜNE, widersprach der Behauptung der Sächsischen Staatsregierung, aber auch der CDU/SPD-Regierungskoalition, dass die Neuordnung ein Gewinn für alle Länder sei. Eine erste unabhängige wissenschaftliche Analyse des komplizierten Zahlenwerks komme zu einem anderen Ergebnis. Die nun beschlossene Neuordnung werde zur Folge haben, dass einkommensstarke Länder und einkommensschwache Länder in ihrer Entwicklung wieder zunehmend auseinanderdrifteten. Der ganz große Gewinner der Neuordnung sei der Freistaat Bayern.

Zukunftssicherheit

Abschließend betonte Ministerpräsident Stanislaw Tillich als sächsischer Verhandlungsführer, dass mit dem Ergebnis ein funktionierender Länderfinanzausgleich und die zukünftige Finanzierung des Freistaates Sachsen und seiner Kommunen sichergestellt worden sei. Der Bund zahle den Ländern ab 2020 9,7 Milliarden Euro mehr. Das sei weit mehr, als zuvor für den Solidarpakt I und den 2019 auslaufenden Solidarpakt II gezahlt worden sei. Den einstimmigen 16:0-Beschluss der Länder nach monatelangen Verhandlungen bewertete der Ministerpräsident als Ausdruck der Solidarität innerhalb des föderalen Systems.



57. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Stanislaw Tillich



www.landtag.sachsen.de



// Detlev Spangenberg // Jörg Kiesewetter // Juliane Nagel // Juliane Pfeil-Zabel // Petra Zais // Fotos: R. Deutscher

Schafft Deutschland sich ab?

Uwe Nösner

AfD: Selbstaufgabe einer erfolgreichen Nation

Für Logik der Öffnung

Wie Detlev Spangenberg, AfD, erläuterte, sei es Ziel des Antrags gewesen, deutlich zu machen, dass es in Deutschland keine Diskriminierung durch Integration und Einwanderung, etwa durch bevorzugte Anstellung von Migranten in Arbeitsverhältnisse, geben dürfe. Integration sei eine Bringschuld der Neuzuwanderer. Nicht die deutschen Bürger hätten sich anzupassen, wie das von Migrantenverbänden seit 2006 auf den Integrationsgipfeln im Kanzleramt immer wieder und nahezu unwidersprochen gefordert werde. Von Selbstaufgabe, so die Meinung von Jörg Kiesewetter, CDU, könne im Zusammenhang mit den Bundesintegrationsgipfeln keine Rede sein. Gerade durch derartige Gesprächsformate, an denen Vertreter aus Politik, Medien, Migrantenverbänden, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Sportverbänden beteiligt seien, werde der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt. Es werde das Bewusstsein dafür geschärft, dass Integration keine Einbahnstraße bilde. Sie stelle vielmehr einen Prozess des Forderns und Förderns dar.

Juliane Nagel, DIE LINKE, nahm auf den Debattentitel Bezug. Der Integrationsgipfel und die Integrationspolitik der Bundesrepublik führten natürlich nicht zur Selbstaufgabe der Nation, würden aber auch den Anforderungen an eine gelingende Integration nicht gerecht. Sie verharren in der Logik überbordender Bringschuldansprüche an neu Zugewanderte und exklusiver Zuwanderung für wirtschaftliche Leistungsträger. Was stattdessen gebraucht werde, sei eine Logik der Öffnung und eine Politik, die die Realität globaler Migrations- und Wanderungsbewegungen anerkenne. Wie Juliane Pfeil-Zabel, SPD, feststellte, werde Deutschland gemeinsam mit Menschen mit Migrationshintergrund immer erfolgreicher. Noch nie habe es so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gegeben. Einen wesentlichen Anteil daran hätten auch die in Deutschland ansässigen Migrantinnen und Migranten. Eine Nation, wie sie der AfD vorschwebt, sei nicht ihr Begriff einer Nation. Ihr gehe es um eine Gesellschaft, in der sich alle frei entfalten könnten und sich allen die gleichen Möglichkeiten eröffneten.

Humanitärer Spitzenreiter

Ihre Fraktion, so Petra Zais, GRÜNE, vertrete die Überzeugung, dass es nicht die Homogenität seiner ethnischen Zusammensetzung sei, die den Erfolg eines Landes ausmache. Das gelte auch für die Bevölkerung. Im Jahr 2016 seien die Deutschen humanitärer Spitzenreiter gewesen. Die Bevölkerung Deutschlands habe bei der Aufnahme von Geflüchteten eine sehr große Bereitschaft gezeigt, Menschen in einer humanitären Krise zu helfen. Auch das hat Deutschland zu hoher Anerkennung in der Welt verholfen. Abschließend ging Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, auf die Integrationsbemühungen in Sachsen ein. Gegenwärtig lebten 190 000 ausländische Personen im Freistaat. Das seien Männer, Frauen, Studierende, Professoren, Doktoranden, Arbeitnehmer, Geflüchtete, Unternehmer, EU-Bürger, nachgezogene Familienangehörige, hier Geborene, Auszubildende, Kinder. Der Ausländeranteil betrage fünf Prozent und trage zum Zuwachs der sächsischen Bevölkerung bei.



Verfassungsmedaille 2017 verliehen

// Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller zeichnete am 10. Juni 2017 sechs Persönlichkeiten für ihr Wirken für Demokratie und Freiheit mit der Sächsischen Verfassungsmedaille aus. Die Veranstaltung fand im Beisein vieler Gäste, Freunde und Familienmitglieder der Geehrten im Großen Saal des Ständehauses statt. //

Die diesjährige Verleihung der Verfassungsmedaille, so Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller zu Beginn der Veranstaltung, erhalte durch ein Doppeljubiläum ihren »ganz besonderen Akzent«. Denn mit dem 25-jährigen Jubiläum der Sächsischen Verfassung gingen auch 20 Jahre Sächsische Verfassungsmedaille einher. 1997 vom damaligen Landtagspräsidenten Erich Illgen gestiftet und erstmals verliehen, ehre die Verfassungsmedaille den »verantwortungsvollen Gebrauch der Verfassung« und die Verdienste um die freiheitliche demokratische Entwicklung in Sachsen. Ihre Träger, die aus den unterschiedlichsten Bereichen unserer Gesellschaft kämen, stünden stellvertretend für all jene, die täglich die Verfassung mit Leben erfüllten und die geschriebene Verfassung zu einer gelebten Verfassung werden ließen.

// Dr. Matthias Röbller // Fotos: R. Deutscher



Träger der Sächsischen Verfassungsmedaille 2017

Jürgen Bönninger (Dresden), der heute als Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens in Dresden arbeitet, gehörte in der DDR der AG Frieden der drei Dresdner Kirchenbezirke an und wirkte am Satzungsentwurf des Demokratischen Aufbruchs mit. Er engagiert sich mit großem Einsatz dafür, das Gedenken an die friedliche Revolution insbesondere in Dresden wachzuhalten. Seinem Wirken ist es auch zu verdanken, dass sich der 8. Oktober als Gedenktag für die »Gruppe der 20«, die 1989 den Weg für einen friedlichen Dialog zwischen Demonstranten und SED-Staat ebnete, etabliert hat und das Denkmal »Steine des Anstoßes« vor der Kreuzkirche daran erinnert.

Brunhild Fischer (Leipzig) ist freischaffende Musikerin in Leipzig, die ihr künstlerisches Wirken mit dem Engagement für Alleinerziehende und für Menschen in schwierigen Lebenssituationen verbindet. Ob als Geschäftsführerin des Landesverbandes der Selbsthilfegruppen Alleinerziehender Sachsen oder als Vorsitzende der GEDOK Leipzig, des Verbandes der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstförderer e.V., sie setzt sich seit Jahren besonders für die Belange von selbstständigen Künstlerinnen ein und unterstützt z. B. das Projekt »Hier spielt die Musik«, das begabte Kinder aus sozial benachteiligten Familien fördert.

Florian Merz-Betz (Bad Elster) ist Generalmusikdirektor, Chefdirigent und Intendant der Chursächsischen Philharmonie. Er kam als 24-jähriger Dirigent aus Düsseldorf ins vogtländische Bad Elster. Regelmäßig wirkte er Musiktheaterproduktionen unter anderem in Zusammenarbeit mit der Semperoper Dresden und den Landesbühnen

Die Redaktion



Sachsen. 1996 gründete er das »Euchestra Egrensis« als völkerverbindendes Projekt, in dem deutsche und tschechische Musikerinnen und Musiker spielen. Dieses Projekt steht exemplarisch für die Idee, mit künstlerischen Mitteln die Demokratie und die Freiheit in Sachsen und Mitteleuropa zu stärken.

Knut Neumann (Freiberg) ist Vorsitzender der Historischen Freiburger Berg- und Hüttenknappschaft. Er gehörte 1986 zu den Gründungsmitgliedern des gleichnamigen Vereins, der seither das Brauchtum und die Traditionen der Bergbaugeschichte Freibergs pflegt, erlebbar macht und so bis heute an die junge Generation weitergibt. Seit 1981 leistet Knut Neumann intensive Forschungsarbeit zur Freiburger Bergbaugeschichte. Er schuf so in einer Arbeitsgruppe wesentliche Wissensvoraussetzungen für die historische Genauigkeit der Freiburger Berg- und Hüttenparaden, die weit über die Grenzen Sachsens hinaus Anerkennung findet.

Sabine Popp (Neumark), in Reichenbach geboren, wurde in der DDR als 19-Jährige wegen sogenannter »staatsfeindlicher Hetze« zu fünf Jahren Haft verurteilt. Sie hatte Slogans wie »Wiedervereinigung« oder »Mauer weg« an Brücken und auf Straßen gesprüht. Im



// V. l. n. r.: Knut Neumann, Uta Windisch, Florian Merz-Betz, Brunhild Fischer, Dr. Matthias Röbller, Sabine Popp, Jürgen Bönninger



Juli 1982 kaufte die Bundesrepublik sie aus der Haft frei. Nach 1989 in ihre Heimat zurückgekehrt, führt sie heute im Vogtland die alte Familiengärtnerei. Seit Langem engagiert sie sich als Zeitzeugin im Lern- und Gedenkort Kaßberggefängnis e.V. in Chemnitz. Sie führt dort ehrenamtlich junge Menschen durch die frühere MfS-Untersuchungshaftanstalt, um so die Erinnerung an die DDR-Diktatur wachzuhalten.

Uta Windisch (Burkhardtsdorf) gehörte dem Sächsischen Landtag von 1994 bis 2014 an.

Als tourismuspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion prägte sie die sächsische Tourismuspolitik entscheidend mit. Darüber hinaus setzte sie sich im Freistaat engagiert für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie für die Interessen des ländlichen Raums ein. Die Diplomingenieurin kam 1989 mit der Bürgerbewegung zur Politik und war von 1990 bis 1994 Präsidentin des Kreistages Stollberg. Noch heute ist sie als Mitglied im Kreistag des Erzgebirges sowie als stellvertretende Bürgermeisterin ihrer Heimatgemeinde kommunalpolitisch verankert.

Hintergrund zur Sächsischen Verfassungsmedaille

Am 26. Mai 1997, fünf Jahre nach der Verabschiedung der Sächsischen Verfassung, stiftete der damalige Landtagspräsident Erich Illgen zur Erinnerung an die friedliche Revolution im Herbst 1989 die Sächsische Verfassungsmedaille. Seitdem verleiht der Präsident des Sächsischen Landtags die Auszeichnung jährlich an Bürgerinnen und Bürger, die sich in besonderer Weise um die freiheitliche demokratische Entwicklung des Freistaates Sachsen verdient gemacht haben. Sie ist neben dem Sächsischen Verdienstorden die wichtigste staatliche Auszeichnung in Sachsen. Die Medaille ist aus Silber. Auf der Vorderseite trägt sie das sächsische Wappen sowie die Inschrift »Sächsische Verfassung – 26. Mai 1992 – Für besondere Verdienste«. Rückseitig erinnern fünf brennende Kerzen sowie der Ausspruch »Wir sind das Volk« an die friedliche Revolution. 149 Frauen und Männern wurde die Sächsische Verfassungsmedaille bislang verliehen.



// Bereits zum 13. Mal luden der Sächsische Ausländerbeauftragte und der Sächsische Staatsminister des Innern zum Einbürgerungsfest ein. Es findet jährlich für alle im Vorjahr in Sachsen Eingebürgerten statt. Rund 500 Gäste mit ausländischen Wurzeln folgten der Einladung und kamen am 17. Juni 2017 in den Sächsischen Landtag. //



Nadja Baumert

Ein Fest in Vielfalt und Einheit

// Moderator Judicael Tchio Fomekong kam 2009 als Student aus Kamerun nach Deutschland. // Fotos: O. Killig



»Ich lebe seit 18 Jahren in Deutschland. Hier ist mein Lebensmittelpunkt«, erzählte Kamila Kozłowska, die ursprünglich aus Polen stammt. Vom Moderator Judicael Tchio Fomekong gefragt, was der wichtigste Grund für ihre Einbürgerung war, musste Frau Kozłowska nicht lange überlegen: Diesen Sommer möchte sie endlich selbst an den Bundestagswahlen teilnehmen. Die im Iran aufgewachsene Setareh Behboudi spürte als Erstes das Gefühl und danach den Wunsch, auch auf dem Papier zu Deutschland zu gehören. Ihre Herkunft werde sie trotzdem nie vergessen – und soll sie auch gar nicht. Dass sie weiter gern iranische Delikatessen kochen und zu traditioneller Musik das Tanzbein schwingen möchte, traf im Plenarsaal auf Verständnis und allgemeine Erheiterung. Auch Mateo Urena de Vivanco, der dritte Gesprächspartner im Rahmen der Feier, betonte: »In meinem Herzen bleibe ich immer auch Peruaner.«

Als »Meilenstein der Integration« bezeichnete Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner die Einbürgerung. Er machte die Zuhörer auf ihre neuen Rechte und Pflichten als deutsche Staatsbürger aufmerksam und wünschte ihnen vor allem für die Zukunft viel Glück und Erfolg. Auch Staatssekretär Dr. Michael Wilhelm, der den Innenminister

vertrat, versicherte in seinem Grußwort, dass die Vielfalt an Menschen Sachsen bereichere. Er gratulierte den Eingebürgerten zu dem, was sie bisher geleistet haben – vor allem den Erwerb der deutschen Sprache! Seinem Aufruf an alle Anwesenden, sich von nun an aktiv in die Gestaltung der Demokratie einzubringen, schloss sich auch der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth MdL an. Gerade heute sei es wichtig, die Demokratie gegen Populismus, Vorurteile und Gleichgültigkeit zu verteidigen.

Der Universitätschor Dresden umrahmte die Feststunde auf hohem musikalischem Niveau. Seine internationalen Lieder begeisterten die Zuhörerschaft, die sich mit Standing Ovationen bedankte. Getragen von dieser festlichen Stimmung, konnten die Gäste anschließend Fotos mit ihrer Familie und den Rednern machen. Für die jüngeren Gäste wurde ein eigenes Programm mit Puppentheater und Kinderschminken auf die Beine gestellt. Von diesem Spaß be- und dem internationalen Menü gestärkt, schickten die Gäste zum Abschluss des Fests Hunderte Luftballons in den Himmel. Sicherlich auch mit vielen Wünschen für die Zukunft in Deutschland.



»Sie sind die Botschafter für gelingende Integration!«

Geert Mackenroth



// Helmut Kohl am 19.12.1989 in Dresden // Foto: Günther

Martina Findeisen

Wenn einer eine Reise tut ...

Parlamentarier aus Niederösterreich im Sächsischen Landtag zu Gast

Foto: O. Killig

// »Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen.« – Dass sich dieser Sinnspruch auch für die Mitglieder der Delegation des Landtags von Niederösterreich, die unter Leitung von Landtagspräsident Ing. Hans Penz vom 29. bis 31. Mai 2017 zu Gast beim Sächsischen Landtag war, bewahrheitet hat, hoffen wir natürlich sehr. Kontakte zwischen den Regionalparlamenten bestehen bereits seit 1992. In den vergangenen Jahren haben diese Beziehungen aber durch regelmäßige wechselseitige Besuche mit partnerschaftlichem Meinungsaustausch zu Fachthemen erfreulicherweise eine spürbare Intensivierung erfahren. //

Sprache als zentraler Schlüssel für Integration

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Fragen der inneren Sicherheit, der Flüchtlingspolitik und des Schulwesens standen auf der Agenda des dreitägigen Besuchsprogramms. Sachsens Innenminister Markus Ulbig gab einen Überblick über die gegenwärtige Situation im Bereich der inneren Sicherheit und der Flüchtlingspolitik. In Sachen innere Sicherheit nannte er an vorderster Stelle den Kampf gegen den Terrorismus. Neben Erfolgen in einigen Deliktbereichen – wie etwa beim Autodiebstahl oder bei der Grenzkriminalität – thematisierte Ulbig auch Bereiche, die Sorgen bereiten, so z. B. die steigende Zahl der Wohnungseinbrüche und die zunehmende Internetkriminalität. Anschließend ging er auf die aktuellen Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik ein. In den ersten vier Monaten dieses Jahres seien 2 317 Neuankömmlinge in Sachsen registriert worden. Damit habe sich die Lage im Vergleich zu den beiden Vorjahren erheblich entspannt. Die Dauer der Erstprüfverfahren beim

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) habe sich auf gegenwärtig ca. zwei Monate reduziert. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer, dass Sprache der zentrale Schlüssel für eine gelingende Integration sei, da sie auch die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung darstelle. Bund und Länder könnten Rahmenbedingungen schaffen, die eigentliche Integration sei aber nur in den Kommunen möglich. Konsens bestand auch darüber, dass das gegenwärtig drängendste Problem der sich in Italien stauende Flüchtlingsstrom mit rund 8 000 Ankünften pro Tag darstelle. Hier wurde eine Lösung auf europäischer Ebene angemahnt.

Von Schulautonomie bis Inklusion

Nach einem Impulsreferat des Sächsischen Staatssekretärs für Kultus, Dr. Frank Pfeil, zu den gegenwärtigen Entwicklungen und Herausforderungen im sächsischen Schulwesen berichteten die Parlamentarier aus Niederösterreich, dass es in ihrem Land gegenwärtig

– zum wiederholten Mal – Bestrebungen gebe, das Schulsystem zu reformieren. Bislang würden Grundschulen und mittlere Schulen von den Kommunen und vom Land unterhalten, während dies bei Gymnasien durch den Bund geschehe. Wichtige Themen der aktuellen Diskussionen seien auch die Autonomie einzelner Schulen, die Lenkung von Schülerströmen, die Frage, ob Schulen im ländlichen Raum zu Clustern zusammengefasst werden sollten, und Inklusion – Letzteres ein Thema, das sowohl in Sachsen als auch in Niederösterreich nicht unumstritten sei.

Natürlich sollten – und wollten – unsere Gäste auch »Land und Leute« noch besser kennenlernen. Deshalb gehörten zum Besuchsprogramm auch Stadtführungen, ein Gespräch mit Vertretern der Brückpreisgesellschaft in Görlitz und eine Führung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig. Da sie bei all diesen Programmpunkten von Mitgliedern des Sächsischen Landtags begleitet wurden, ergaben sich vielfältige persönliche Gespräche, die für unsere Parlamentsbeziehungen mindestens ebenso wichtig sind wie die Diskussion von Fachthemen.

»Endlagerung radioaktiver Abfälle und Rückstände«

Gesprächskreis der
Vereinigung der ehemaligen
Mitglieder des Landtags

Dr.-Ing. Michael Lersow*

Zum 17. Gesprächskreis hatte die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Sächsischen Landtages e. V. (VeMDL) mit Prof. Dr. Gert Bernhard den ehemaligen Direktor des Institutes für Ressourcenökologie am Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf gewinnen können. Zentrale Frage war, was mit den radioaktiven Abfällen nach dem Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergiegewinnung geschieht.

Das Thema hatte Anziehungskraft. 30 VeMDL-Mitglieder waren der Einladung gefolgt. Der erfahrene Hochschullehrer Prof. Dr. Gert Bernhard widmete sich zunächst den physikalischen Grundlagen. Die Radioaktivität sei eine physikalische Eigenschaft instabiler Kerne, die durch Aussendung von Strahlen in einen stabilen Zustand übergehen. Zwar trete Radioaktivität überall in der natürlichen Umgebung auf, für die Art der Endlagerung sei jedoch deren Konzentration,

die Radioaktivität pro Volumeneinheit, entscheidend.

Eine Anforderung an den Umgang mit radioaktiven Abfällen ist daher, diese zunächst abzuschirmen, sodass sie transportiert werden können und das Personal sowie die Öffentlichkeit vor der ausgehenden Strahlung geschützt sind. Die Verpackung in vorgeschriebenen Behältern mit einer Ausstattung, die von der Energie der Strahlung und von der Wärmeentwicklung der Abfälle abhängt, bietet den vorgeschriebenen Schutz. Abgebrannte Brennstäbe benötigen dabei eine stärkere Abschirmung als etwa radioaktive Abfälle aus der Medizin.

Eine zweite Anforderung ergibt sich aus der Wärmeentwicklung. Am Ort der Entnahme werden z. B. Brennstäbe aus dem Reaktor zunächst in ein Abklingbecken verbracht. Auf Transporttemperatur abgekühlt,

können diese dann in Castoren in Zwischenlager befördert werden. Bei der Einlagerung in ein Endlager wird bei wärmeentwickelnden Abfällen die Wärme auf die Umgebung abstrahlen. Eine unsachgerechte Einlagerung kann das umgebende Wirtsgestein aufheizen und so möglicherweise schädigen.

Eine dritte Anforderung ist der Nachweis der Verhinderung oder Zulassung von gesellschaftlich intolerablen Übertritten von Radioaktivität aus dem Endlager in die Biosphäre. Die Mobilität dafür können Radionuklide nur erreichen, wenn ein Transportmedium dem Endlager zutrifft, insbesondere Wasser. Die Endlagerbehälter mit der Fixierungsmatrix verhindern die Ausbreitung der Radionuklide und stellen so eine wesentliche technische Barriere in jedem Endlagerkonzept dar.

Finanzierung und Transmutation, also die Umwandlung eines chemischen Elements in ein anderes, kamen ebenso zur Sprache wie die gesetzlich regulierte Standortsuche, die Gewährleistung einer 500-jährigen Zugänglichkeit zu den endgelagerten Abfällen und die bei Tiefenlagerung infrage kommenden Wirtsgesteine: Salzstein, Tonstein und kristallines Gebirge (Granite). Das alles sind schwierige Fragestellungen, wenn man bedenkt, dass die Radioaktivität erst 1896, nach der Entdeckung durch Antoine-Henri Becquerel, bekannt wurde und die Menschen erst seit rund 80 Jahren damit umgehen können.

Am Ende gab es großen Applaus für Professor Bernhard. Gern kann er wieder in unseren Gesprächskreis kommen.

* Dr.-Ing. Michael Lersow ist Vizepräsident und Gesprächskreisleiter der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Sächsischen Landtages e. V.

Foto: S. Füssel



// Die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Sächsischen Landtages wurde 1994 ins Leben gerufen, um Gemeinsamkeit zu pflegen und die großen kollektiven und individuellen Erfahrungen und Kenntnisse der Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens im Freistaat Sachsen zur Verfügung zu stellen. In ihren Gesprächskreisen greift sie deshalb immer wieder aktuelle fachpolitische Themen auf. //



Katja Ciesluk

Miteinander reden, zuhören, vermitteln

Ein Tag mit Jan Hippold, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Fotos: R. Deutscher

// Der persönliche Kontakt zu den Bürgern auf Augenhöhe habe für ihn höchste Priorität. Deshalb sei er stets bestrebt, den Menschen die Scheu zu nehmen, ihn anzusprechen, erzählt der Abgeordnete Jan Hippold auf der gemeinsamen Fahrt durch seinen Wahlkreis. Seit 2009 vertritt der CDU-Mann die Region rund um Limbach-Oberfrohna und Hohenstein-Ernstthal (Wahlkreis 9, Zwickau 5) im Sächsischen Landtag. Seit 2016 sitzt er dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vor. Wir haben Jan Hippold einen Tag lang begleitet. //

Barrieren abbauen

Er veranstalte regelmäßig Bürgerstammtische in verschiedenen Lokalen. »In lockerer Atmosphäre fällt es einigen Menschen leichter, über ihre Anliegen zu sprechen. Außerdem erreiche ich dort auch Leute, die Hemmungen haben, ein Wahlkreisbüro zu betreten«, zeigt sich Jan Hippold mit der Resonanz zufrieden. Die Eröffnung eines zweiten Bürgerbüros im vergangenen Jahr habe ebenfalls dazu beigetragen, Barrieren abzubauen. »Die Hohenstein-Ernstthaler kommen mit ihren Anliegen lieber in das Büro in ihrer Stadt, als extra nach Limbach-Oberfrohna zu fahren.«

Im neuen Wahlkreisbüro warten die Mitarbeiter bereits auf ihren Chef. Es gilt, anstehende Termine zu besprechen, Anfragen zu koordinieren und die kommende Woche zu planen. Jan Hippold ist spät dran an diesem Vormittag. Er kommt von einem Firmenbesuch beim mittelständischen Automobilhersteller IndiKar aus Wilkau-Haßlau. Die vorgesehene Stunde hatte sich als zu kurz erwiesen, um die Produktpalette des hoch spezialisierten Individualkarosseriebauers kennenzulernen und auf einem Rundgang selbst in Augenschein zu nehmen. Geschäfts-

führer Ronald Gerschewski berichtet stolz von der hohen Fertigungstiefe, dem guten Image und der schnellen Anpassungsfähigkeit seines Unternehmens, das u. a. Limousinen für gekrönte wie



ungekrönte Staatsoberhäupter panzert und das Interieur für die Nobelfahrzeuge von Bugatti liefert. »Sicherheit und Komfort sind Bereiche mit konstant hoher Nachfrage, die dem Unternehmen gutes Wachstum ermöglichen«, erzählt Gerschewski dem Landtagsabgeordneten. Für den Autofan Jan Hippold gehört das Treffen zweifelsohne zu den angenehmen Terminen. »Wenn Sie Unterstützung brauchen, z. B. bei der Zusammenarbeit mit der Sächsischen Aufbaubank, sprechen Sie uns an«, verabschiedet sich Hippold, sichtlich beeindruckt von so viel Vorzeigunternehmertum, nach gut anderthalb Stunden.

Emotionale Debatte am Sachsenring

Nachdem Jan Hippold die dringendsten Fragen mit seinen Mitarbeitern im Wahlkreisbüro besprochen hat, geht es weiter zum Sachsenring. Der Rennstrecke, wichtiger Wirtschaftswie Imagefaktor in seiner Heimat, ist Jan Hippold eng verbunden. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates setzt er sich mit Nachdruck für den Sachsenring ein. Vor Ort erwarten ihn einige Anwohner, die sich über den Lärm der Fahrzeuge beschwerten und die offiziellen Lärmschutzgutachten anzweifeln. Mehrfach

hat Hippold bereits das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern gesucht. Schnell wird aber auch heute klar, dass deren Positionen und die des Betreibers keinen gemeinsamen Nenner finden. Hippold versucht zu vermitteln und die immer emotionaler werdenden Vorwürfe der Anwohner zu versachlichen – es bleibt ein aussichtsloses Unterfangen. Aus der geplanten Stunde werden zwei. Das Mittagessen muss entfallen.

Dafür bleibt auf der Fahrt zum nächsten Termin Zeit, über den Einstieg des studierten Bauingenieurs in die Landespolitik zu sprechen. Die Wahl zum Abgeordneten im Jahr 2009 habe sein Leben ordentlich über den Haufen geworfen, blickt Hippold zurück. Zeit für die Familie müsse er seither besonders sorgfältig einplanen. »Vier bis fünf dienstliche Abendtermine pro Woche sind für einen Abgeordneten normal.« Dennoch habe er nicht gezögert, als er das Angebot bekam, nach dem Rückzug des langjährigen CDU-Fraktionsvorsitzenden Fritz Hähle in diesem Wahlkreis anzutreten. Auch als Berufspolitiker achte er im Rahmen seiner zeitlichen Möglichkeiten darauf, regelmäßig als Bauingenieur Projekte zu übernehmen. »Den Kontakt zum beruflichen Umfeld sowie die Gespräche auf der Baustelle möchte ich nicht missen.«



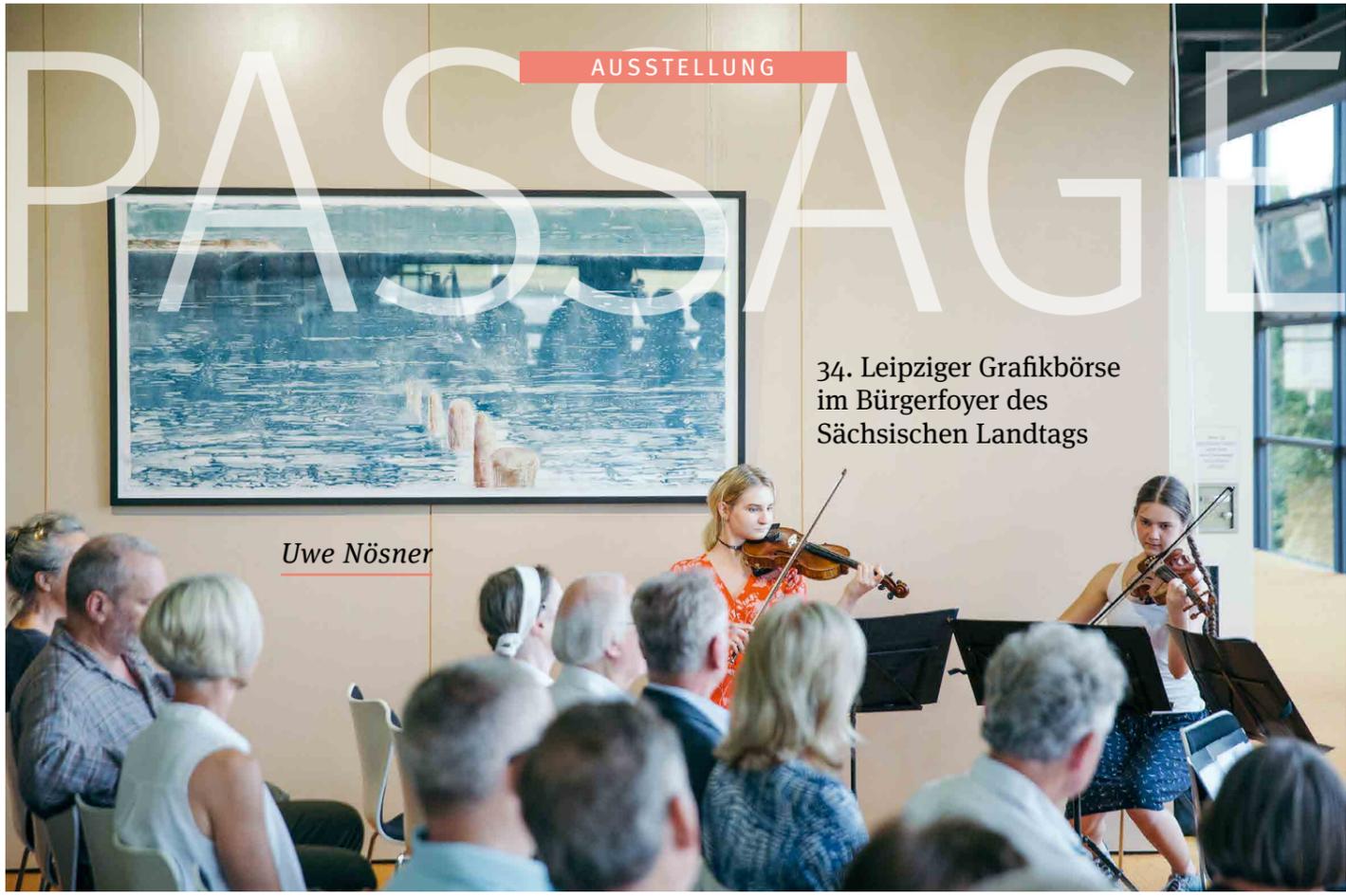
Digitalisierung voranbringen

Jan Hippold ist tief in seiner Heimat verwurzelt. Seit vielen Jahren engagiert er sich im Stadtrat von Limbach-Oberfrohna und fungiert als 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters. »Ich bin ein Gewächs der Region.« Befragt nach seinen wichtigsten politischen Zielen, nennt er die Digitalisierung und den Breitbandausbau an erster Stelle und verweist, ganz Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Parlament, auf die Bedeutung des digitalen Wandels für die hiesigen Unternehmen. Auch an den Schulen müsse das Thema noch stärker forciert und müssten den Kindern zum Beispiel auch Programmierkenntnisse vermittelt werden, so der Vater einer elfjährigen Tochter. Außerdem sei es ihm ein wichtiges Anliegen, das Bild des Unternehmers zu verbessern.

Am Nachmittag ist das historische Rathaus der Landgemeinde Callenberg unser nächstes Ziel. Auch hier geht es um das Vermitteln und Miteinandersprechen – diesmal zwischen der Gemeinde mit Bürgermeister Daniel Röthig an der Spitze und dem Anglerverband Südsachsen Mulde/Elster e. V., dem Hippold als Präsident vorsteht. Als umweltpolitischer Sprecher

seiner Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft bringt Hippold seine Expertise ein, um einen Ausgleich zwischen dem Gewässerschutz, einer kommunalen Pflichtaufgabe, und den Interessen der hiesigen Angler zu erreichen. Konkret geht es darum, dass die Kommune bei der Beräumung ihrer Gewässer neben dem Hochwasserschutz auch darauf achtet, ein lebenswertes Umfeld für Fische zu erhalten. Eine bessere Kommunikation zwischen beiden Seiten wird verabredet. Jan Hippold ist zufrieden.

Danach hat es der Politiker eilig. Die verbleibende Stunde bis zum nächsten Termin ist für eine schnelle private Erledigung reserviert, bevor er beim Kinderland Muldental erwartet wird. Der Vereinsvorstand und die Leitung des Kinderlandes haben den Politiker um den Termin gebeten, da der Träger der Einrichtung neu ausgeschrieben werden soll. Nach mehr als zehn Stunden kommt Jan Hippold an diesem Tag wieder zu Hause an. Bleibt für heute nur noch die Aufgabe, die Gespräche des Tages nachzubereiten, E-Mails zu beantworten und die Accounts auf Facebook, Instagram und Twitter zu checken.



AUSSTELLUNG

34. Leipziger Grafikbörse
im Bürgerfoyer des
Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

In ihrer Begrüßungsansprache ging Andrea Dombois, 1. Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, auf den Bedeutungsgehalt des Titels PASSAGE ein. Im Zusammenhang mit der Entdeckungsgeschichte begegne uns dieser Begriff für neue und bislang unbefahrene Wege der Seefahrt. In der Literatur des 20. Jahrhunderts sei er immer wieder mit dem gefährvollen Weg ins Exil in Verbindung gebracht worden, auf dem viele Verfolgte gescheitert seien. Heute denke man dabei an die weltweiten Fluchtbewegungen und die damit verbundenen Einzelschicksale, die tagtäglich durch die Medien an uns herangetragen und uns damit zugleich auch nahegebracht würden. Immer gelte es dabei, einen Weg zu zeigen, der neue Horizonte und gesellschaftliche wie persönliche Lebensperspektiven eröffne, aber auch in eine Katastrophe führen könne.

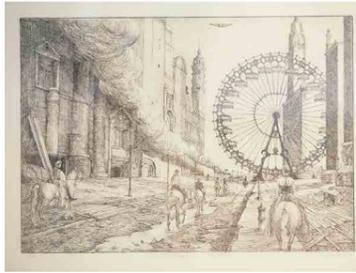
Rainer Behrends, Kunsthistoriker und Vorstandsmitglied des Leipziger Grafikbörse e.V., begründete das Motto seinerseits mit dessen vielfältigen Beziehungen zu Architektur, Geografie, Literatur, Musik oder den bildenden Künsten, insbesondere aber hinsichtlich der politischen Aktualität. Es stürben tagtäglich Menschen bei dem Versuch, mit schrottreifen Schiffen oder in Schlauchbooten das Mittelmeer zu überwinden, um über italienische und griechische Inseln Europa zu erreichen. Das Mittelmeer sei zu einem Massengrab unserer Zeit geworden.

Behrends machte darüber hinaus insbesondere auf die Arbeiten des vor zehn Jahren gestorbenen Malers und Grafikers Peter Sylvester aufmerksam, der in diesem Jahr seinen 80. Geburtstag begangen hätte. Er habe zu den Gründern der Leipziger Grafikbörse gezählt

// PASSAGE lautete der Leitgedanke der 34. Leipziger Grafikbörse, die am 30. Mai 2017 im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags eröffnet wurde. Unter diesem Motto zeigten 84 Künstlerinnen und Künstler mehrerer Generationen ihre seit 2014 entstandenen Arbeiten. Präsentiert wurden bis zum 30. Juni die Werke in einer Vielzahl druckgrafischer Techniken. Neben Holzschnitt und verschiedenen Tiefdruck-Techniken waren unter anderem auch Siebdrucke und Lithografien dabei. //



AUSSTELLUNG



// Rainer Behrends

und sei bis zu seinem Tod deren Vorsitzender gewesen. Landschaftsdarstellungen hätten im Zentrum seines Schaffens gestanden. Befasste er sich zunächst mit Naturschilderungen aus seiner thüringischen Heimat, hätten ihn nach seinem Umzug nach Leipzig die Chaoslandschaften der Restlöcher des Braunkohlentagebaus gefesselt. Umwelt und Umweltkritik, Hoffnung und Sehnsucht nach Harmonie seien seine wichtigsten Themen gewesen.

Abgerundet wurden die Redebeiträge durch Schüler des Heinrich-Schütz-Konservatoriums Dresden mit Musik von Mozart, Schostakowitsch und Webber. Das Publikum spendete Rednern wie Musikern gleichermaßen starken Applaus und schloss sich gerne dem Rundgang durch die Ausstellung an.

Leipziger Grafikbörse

Seit seiner Gründung 1972 beschäftigt sich der Verein Leipziger Grafikbörse mit der Präsentation zeitgenössischer Grafiken, die mittels klassischer oder moderner Drucktechniken entstehen. Zu diesem Zweck entstand die Ausstellungsreihe Leipziger Grafikbörse, die zunächst jährlich ausgerichtet wurde und inzwischen alle zwei Jahre stattfindet. Mit der 34. Leipziger Grafikbörse war der Veranstalter bereits zum neunten Male im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags zu Gast. Vorstandsvorsitzender des Leipziger Grafikbörse e.V. ist Steffen Böttcher, der dem Landtag wiederum für die kontinuierliche Zusammenarbeit dankte.



// Andrea Dombois // Fotos: O. Killig



// Steffen Böttcher



// Melanchthon auf dem Leipziger Landtag 1548/49 (2. v. links). James Marshall, um 1875, Albrechtsburg Meißen, Großer Gerichtssaal. // Foto: Ö GRAFIK

Jan Bergmann

Melanchthon als Berater des Landtags

Vom kulturhistorischen Wert einer einfachen Quittung

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Der Leipziger Gastwirt Georg Helffrich hatte 1549 einen prominenten Gast. Er beherbergte Philipp Melanchthon, den seinerzeit bereits prominenten Theologen und Wittenberger Professor, der seit dem Tod Martin Luthers zweieinhalb Jahre zuvor als erster Wortführer der Reformation galt. Melanchthon war schon zu seinen Lebzeiten in der gesamten protestantischen Welt, auch über die Grenzen innerer Lehrmeinungen hinweg, eine theologische Autorität.

Den Aufenthalt Melanchthons bei Helffrich belegt ein unscheinbarer Abrechnungsbeleg, der sich heute im Hauptstaatsarchiv Dresden befindet. Der Zettel

liegt einer Akte bei, die die Dokumente eines Landtags enthält, den Kurfürst Moritz nach Leipzig einberufen hatte. Diese Quittung über Melanchthons Verpflegung ist das einzige Schriftstück seiner Art, das von dieser kursächsischen Ständeversammlung erhalten geblieben ist. Die regulären Teilnehmer eines Landtags, die Stände, wurden vom Kurfürsten gespeist und erhielten für die Zeit ihrer Anwesenheit stets auch eine Beherbergungspauschale sowie ein festes Deputat an Hafer für ihre Pferde. Die Schreiber der kurfürstlichen Kanzlei trugen täglich die Namen der Adligen, Prälaten oder

Städtegesandten in Listen ein. Es war daher nicht nötig, dass sich die einzelnen Landtagsteilnehmer von ihren Hauswirten Belege über die von ihnen verzehrten Speisen und Getränke ausstellen ließen. Dass aber dennoch eine solche Quittung ihren Weg in die Landtagsunterlagen der landesherrlichen Kanzlei gefunden hat, lag an der besonderen Person, für die das knappe Schriftstück ausgestellt worden ist.

Melanchthon war erst 1547 ein Untertan des Kurfürsten Moritz geworden, als große Gebiete der ernestinischen Wettiner und damit auch die Stadt Wittenberg inklusive ihrer

Universität an den Dresdner Zweig dieses Herrscherhauses übergangen. Der berühmte Reformator gehörte keinem der üblichen ständischen Corpora auf den sächsischen Landtagen an. Denn er war weder Prälat noch Graf oder Herr, weder Mitglied der Ritterschaft noch Städte- oder Universitätsgesandter. Und doch war er auf Geheiß seines neuen Landesherrn bei dem Landtag zugegen. Denn man benötigte seinen Rat, um den damals brennendsten reichspolitischen Konflikt zu lösen: die Auseinandersetzung um die Einführung des sogenannten Augsburger Interims. Melanchthon konnte für die Religionspolitik des Kurfürsten Moritz eine hochwillkommene Legitimation erzeugen.

Reichstag in Augsburg

Nachdem der katholische Kaiser Karl V. am 24. April 1547 in der Schlacht bei Mühlberg das militärische Aufgebot des protestantischen Schmalkaldischen Bundes besiegt hatte, berief er einen Reichstag nach Augsburg. Dort setzte der Monarch Mitte Mai 1548 eine Verordnung durch, die seine religionspolitischen Vorstellungen Wirklichkeit werden lassen sollte. Das sogenannte Interim sollte so lange eine Kompromisslösung festschreiben, bis ein zukünftiges Reichskonzil die abtrünnigen Protestanten wieder in den Schoß der katholischen Kirche zurückführen würde.

Dies widersprach selbstverständlich den Interessen der protestantischen Reichsstände. In Sachsen beauftragte Kurfürst Moritz seine Räte, zusammen mit den führenden Theologen um Philipp Melanchthon eine eigene Kirchenordnung als sächsische Antwort auf das Augsburger Interim auszuarbeiten. Das Ergebnis, das den sächsischen Landständen im Dezember 1548 auf dem Leipziger Landtag zur Beratung vor-

gelegt wurde, vereinte die lutherische Lehre mit reformkatholischen Positionen. Letztlich wurden diese Artikel von den Ständen zwar fast vollständig gebilligt, aber von den katholischen Bischöfen, die damals noch in Naumburg und Meißen residierten, strikt abgelehnt. Von ihren Kritikern wurden die Beschlüsse als »Leipziger Interim« verspottet. Da Kurfürst Moritz die vom Landtag gebilligten Artikel nicht publizieren ließ, traten sie nie in Kraft. Den Ständen kam er aber stattdessen an anderer Stelle entgegen. Er sagte ihnen zu, eine neue Kirchenordnung auszuarbeiten zu lassen.

Die Quittung über Melanchthons Verpflegung auf dem Leipziger Landtag wirkt zunächst trivial. Erst auf den zweiten Blick offenbart sich ihre besondere Bedeutung. Denn sie gehört zu der überschaubaren Anzahl an überlieferten Dokumenten, die darauf hinweisen, dass Melanchthon selbst bei dem Landtag im Winter 1548/49 zugegen war. Zwar ist seit jeher unbestritten, dass Melanchthon und andere führende Theologen an der Ausarbeitung der Leipziger Artikel beteiligt waren. Es ist auch bekannt, dass Melanchthon persönlich bei Kurfürst Moritz in der Sache vorsprach. Ob der Reformator auf dem entscheidenden Landtag zu Leipzig eine Rolle spielte, ist aber nicht sicher nachzuweisen.

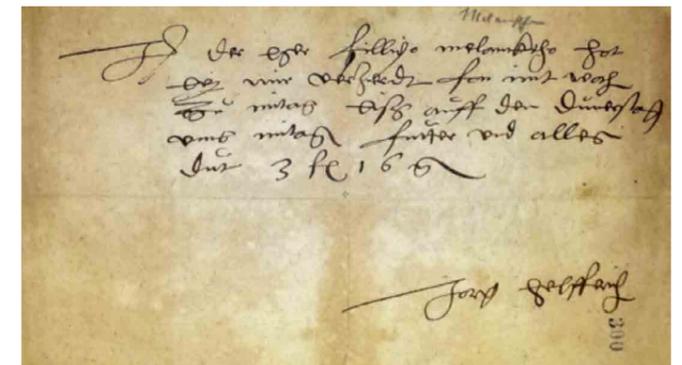
Zweifel an Teilnahme

Hatte er selbst an den Landtagsverhandlungen teilgenommen, wie es etwa ein Wandgemälde aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Meißner Albrechtsburg behauptet? Vorkommnisse auf einem vorausgegangenem Ausschusstag in Torgau lassen daran zweifeln, dass dem streitbaren Theologen die aktive Teilnahme an ständischen Verhandlungen gestattet wurde. Denn er war nicht zu

den Sitzungen zugelassen worden. Wohl aber forderte man die zeitgleiche Anwesenheit Melanchthons und der anderen Theologen in Leipzig, um sie bei Bedarf zu vertraulichen Gesprächen mit den Räten und dem Kurfürsten rufen oder um von ihnen theologische Gutachten anfordern zu können. Melanchthon selbst vermutete, er sei deshalb nicht zu den Verhandlungen gebeten worden, weil man seine Meinung ohnehin bereits kenne. Tatsächlich konnten aber der Wittenberger Professor und seine Kollegen

günstige politische Weichenstellungen zu erreichen. Diese Akteure mussten somit immer auch reisen sowie beherbergt und verpflegt werden, um ihren Auftrag erfüllen zu können – so natürlich auch Melanchthon. Wie der Leipziger Abrechnungszettel vom Januar 1549 belegt, erhielt der Reformator während des Landtags Kost und Logis bei einem Leipziger Bürger namens »Jorg Helffrich«.

Georg Helffrich (auch Helfreich) besaß in Leipzig einen Gasthof, der später »Zum Goldenen Adler« hieß und an



// »It[em] der Her Filippo melanchtho hot bey mir verzeredt fon mit woch zu mitag biß auff den Dunerstag umb mitag futter und alles dut 3 fl [= Gulden], 16 g [= Groschen]. Jorg Helffrich«, Quittung über Verpflegung und Pferdefutter für Philipp Melanchthon, ausgestellt von Georg Helffrich, 1549.

wohl deshalb nur schriftlich direkten Einfluss auf die Landtagsverhandlungen nehmen, weil sie selbst keine Mitglieder der Stände und somit nicht zur persönlichen Sitzungsteilnahme berechtigt waren. Sie weilten deshalb auch in Leipzig zwar am Tagungsort, mussten aber im Hintergrund bleiben.

Neben diesem Zusammenhang mit der sächsischen Politik stellt der Abrechnungsbeleg auch in kulturhistorischer Hinsicht ein interessantes Dokument dar. Er belegt, wie Abstimmungsprozesse im Alltag vor sich gingen. Auch in Melanchthons Zeit war es notwendig, dass Entscheider und Experten zu Meinungsaustausch und Beratung zusammenfanden, um möglichst

dessen Stelle heute der Neorenaissancebau des »Hotel de Pologne« (Hainstraße 16/18) steht. In diesem Haus waren Melanchthon und vor allem auch Luther schon früher mehrfach einquartiert gewesen, wenn sie in Leipzig gewieilt hatten. Sie wohnten dort etwa im Jahre 1519 während der für die Reformationsgeschichte bedeutenden »Leipziger Disputation«. Der damalige Hausbesitzer Melchior Lotter d. Ä. war besonders in den frühen Jahren der Reformation der wichtigste Drucker und Verleger der führenden Reformatoren. Lotter überwarf sich aber mit Luther und seine Druckerei geriet bald in wirtschaftlichen Ruin. Deshalb gelangte sein Haus in den Besitz Helffrichs.



Foto: Landtag

Landtag übergibt »parlamentarisches Gedächtnis« an Staatsarchiv

Der Sächsische Landtag übergab seine Archivbestände mit Unterlagen seit 1990 an das Sächsische Staatsarchiv. »Wir vertrauen dem Staatsarchiv das parlamentarische Gedächtnis des Freistaats an, damit es der Nachwelt für die Ewigkeit erhalten bleibt«, so Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller. Gemeinsam mit Innenminister Markus Ulbig und der Direktorin des Sächsischen Staatsarchivs unterzeichnete er eine entsprechende Vereinbarung.



Foto: Landtag

Es läuft bei der Landtagsverwaltung

Mit fünf Teams – Hammelsprung 1 bis 5 – mischte die Verwaltung des Sächsischen Landtags beim 9. Dresdner Firmenlauf mit. Vom Altmarkt ging es durch die Innenstadt bis zum Ziel nach fünf Kilometern im Dresdner DDV-Stadion. Insgesamt hatten sich 20 000 Läuferinnen und Läufer an der 9. REWE-Team-Challenge beteiligt.



Broschüre zur Feierstunde 25 Jahre Sächsische Verfassung erschienen

Mit einer Feierstunde würdigte der Landtag am 10. Mai 2017 das 25-jährige Jubiläum der Sächsischen Verfassung. »Vom Entstehen und Gelingen einer freiheitlichen Verfassung« war die Festrede von Prof. Dr. Arnd Uhle überschrieben. Diese Rede sowie die Ansprachen von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller, Justizminister Sebastian Gemkow und Birgit Munz, Präsidentin des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes, sind jetzt erschienen.



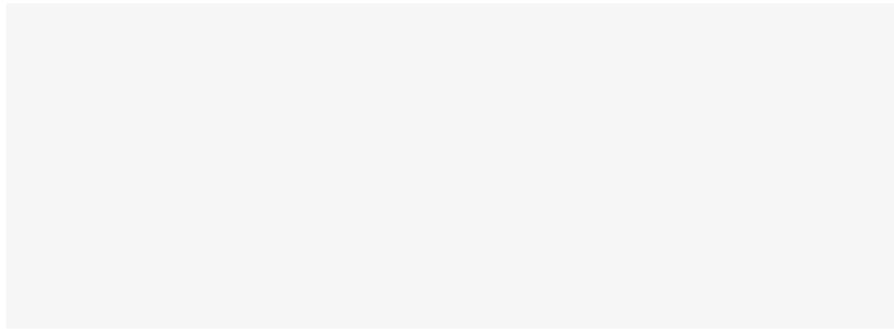
www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshmtl



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt



Abs.: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

30. – 31.08.2017
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:
27. – 28.09.2017
15. – 16.11.2017
13. – 14.12.2017

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AFD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbrief
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Werbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbller vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 26.06.2017
Gastautoren: Nadja Baumert, Praktikantin, Sächsischer Landtag; Jan Bergmann, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Dr.-Ing. Michael Lersow, Vizepräsident der VeMDL, 08359 Breitenbrunn

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.